

## **ERKLÄRUNG DES PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN ZUR SITUATION IN KROATIEN VOM 20. DEZEMBER 1996**

Der Sicherheitsrat hat den Bericht des Generalsekretärs vom 5. Dezember 1996 (S/1996/1011 und Korr.1) behandelt, der gemäß Resolution 1019 (1995) des Sicherheitsrats über Kroatien vorgelegt wurde.

Der Sicherheitsrat erkennt an, daß im Hinblick auf die humanitäre Situation beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen sind, insbesondere, was die Maßnahmen betrifft, die die Regierung Kroatiens getroffen hat, um den dringendsten humanitären Bedürfnissen der kroatisch-serbischen Bevölkerung zu entsprechen.

Obwohl sich die Sicherheitslage leicht gebessert hat, verleiht der Sicherheitsrat dennoch seiner Besorgnis Ausdruck darüber, daß es weiter zu Drangsalierungen, Plünderungen und zu Angriffen auf kroatische Serben kommt, und insbesondere darüber, daß uniformierte Mitglieder der kroatischen Armee und Polizei an mehreren dieser Vorfälle beteiligt waren. Er fordert die Regierung Kroatiens auf, ihre Bemühungen um die Verbesserung der Sicherheitslage zu intensivieren und dafür Sorge zu tragen, daß die örtliche serbische Bevölkerung in ausreichender Sicherheit leben kann, insbesondere durch den umgehenden Wiederaufbau eines funktionierenden Gerichtssystems in den ehemaligen Sektoren Nord und Süd.

Der Sicherheitsrat ist zutiefst besorgt darüber, daß trotz seiner früheren Ersuchen kaum Fortschritte in der Frage der Rückkehr der kroatisch-serbischen Flüchtlinge erzielt worden sind, und fordert die Regierung Kroatiens nachdrücklich auf, ein umfassendes Konzept zu beschließen, um die Rückkehr der aus Kroatien stammenden Flüchtlinge an ihre ursprünglichen Heimstätten in ganz Kroatien zu erleichtern. Er mißbilligt es, daß die Regierung Kroatiens die Eigentumsrechte dieser Flüchtlinge auch weiterhin nicht wirksam garantiert, und mißbilligt es insbesondere, daß viele Serben, die in die ehemaligen Sektoren zurückgekehrt sind, nicht in der Lage waren, ihr Eigentum wieder in Besitz zu nehmen. Der Rat fordert die Regierung Kroatiens auf, in der Frage der Eigentumsrechte unverzüglich geeignete Verfahren anzuwenden und allen Formen der Diskriminierung der kroatisch-serbischen Bevölkerung bei der Bereitstellung von Sozialleistungen und Wiederaufbauhilfe ein Ende zu setzen.

Der Sicherheitsrat ist zutiefst besorgt über Berichte, denen zufolge das neue Amnestiegesetz nicht fair und ausgewogen angewandt wird. Er unterstreicht, daß die ausgewogene Anwendung dieses Gesetzes für die Vertrauensbildung und die Förderung der Aussöhnung in Kroatien sowie für die friedliche Wiedereingliederung der Region Ostslawonien, Baranja und Westsirmien unerlässlich ist.

Der Sicherheitsrat unterstreicht die Wichtigkeit der von der Regierung Kroatiens gegenüber dem Europarat eingegangenen Verpflichtungen, einschließlich der Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens für den Schutz nationaler Minderheiten, und geht davon aus, daß die Regierung Kroatiens diese Verpflichtungen in vollem Umfang und unverzüglich erfüllen wird.

Der Sicherheitsrat fordert die Regierung Kroatiens erneut auf, mit dem Internationalen Gericht für das ehemalige Jugoslawien voll zusammenzuarbeiten und gegen alle

Personen, die schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht beschuldigt werden, insbesondere soweit diese während der Militäroperationen im Jahr 1995 begangen wurden, zu ermitteln und diese Personen zu verfolgen.

Der Sicherheitsrat wird mit der Angelegenheit befaßt bleiben und ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin, spätestens jedoch bis zum 10. März 1997, über die Situation Bericht zu erstatten.

[Quelle: <http://www.un.org/Depts/german/sr-96/sp48.htm>]